

11./VII. 1919

Die Getreidepreise.

WEIMAR, 10. Juli. (Priv.-Tel.) Der 6. Ausschuss für Volkswirtschaft beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit einer bereits am 3. Juli eingebrachten Vorlage der Regierung betreffend die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh. Danach soll ein Höchstpreis für Roggen festgesetzt werden von 400 bis 415 Mark. Die Preise für Delfrüchte sollen ebenfalls erhöht werden. In der letzten Sitzung des Ausschusses ist die Vorlage bereits vom Minister des Reichsernährungsamtes begründet worden. Eingangs der heutigen Sitzung erklärte Abgeordneter Löbe (Soz.), daß seine Fraktion im Hinblick auf die folgenschwere wirtschaftliche und politische Bedeutung der Frage die Vorberatung und Entscheidung in das Menu der Nationalversammlung gelegt sehen möchte. In diesem Augenblick müßten seine Freunde gegen eine Getreidepreiserhöhung eintreten.

Reichsminister Schmidt erklärte, daß es im Interesse einer guten Ablieferung liege, über die Preisfrage, sowie über die Stellung der Parteien alsbald Klarheit zu schaffen. Weiter äußerte sich Minister Schmidt zur Frage der Erhöhung der Brot ration. Diese wäre zweifellos ein Mittel, den Schleichhandel in den Hintergrund zu drängen. Wenn der Ernteertrag dieses Jahres im Hinblick auf die abgetretenen Gebiete auf 85 Prozent des vorjährigen Ertrages geschätzt wird, so entsteht ein Fehlbetrag von 1 270 000 Tonnen. Dieser Bedarf ist durch Einfuhr zu decken. Die Kosten für ausländisches Getreide sind aber so hoch, daß entweder eine außerordentliche Erhöhung der Brotpreise eintreten müßte, oder Reichsausschüsse bereitgestellt werden müßten, die die stark belastete Reichskasse kaum tragen kann. Auslandsweizen kostet 1900 Mark, das einheimische 450 Mark die Tonne. Die einheimische Produktion zu heben, muß also in den Vordergrund gestellt werden. Bei der vorgeschlagenen Erhöhung der Getreidepreise handelt es sich um etwa 5 Pfg. pro Kopf und Tag. Sollten die Kosten der vorgesehenen Preiserhöhung vom Reiche getragen werden, so müßten rund 968 Millionen aufgebracht werden. Die landwirtschaftlichen Produktionskosten haben sich bedeutend erhöht und es liegt im Interesse auch der Konsumenten, hier einen Ausgleich zu schaffen. Unsere Getreide- und Brotpreise sind die billigsten der Welt und sind weit hinter der Kohlenpreissteigerung zurückgeblieben. Die Öffentlichkeit muß begreifen und es verstehen, daß man der Landwirtschaft ihre Aufwendung bezahlen muß, damit sie weiter bestehen kann. Würde man die Wirtschaft freigegeben, so würden viel höhere Preise alsbald in Erscheinung treten. Nachdem zwei große Parteien Bedenken gegen die sofortige Preiserhöhung zu Lasten der Konsumenten geltend gemacht haben, könnte vielleicht ein Mittelweg beschritten werden dadurch, daß dem Reichsernährungsamt das Recht auf Erlass einer Preisnotverordnung gegeben werde und es den Aufrag erhalte, mit dem Reichsfinanzministerium in Verhandlungen einzutreten über einen Höchstpreis von 100 Mark für die Tonne Brotgetreide.